

Das Leben mit HIV hat viele Gesichter



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Medikamente sind deutlich besser geworden, so dass Menschen mit einer HIV-Infektion heute in Deutschland lange leben können. Der Ausbruch der Aids-Erkrankung ist unter guten Bedingungen verhinderbar. Dennoch infizieren sich pro Jahr etwa 3 000 Menschen in Deutschland mit dem Virus.

Das ist eine im europäischen Vergleich relativ kleine Anzahl. Die Zeit des schnellen Sterbens ist vorbei. Dies gilt allerdings nicht für die Staaten des Südens. Hier fehlt es vielerorts an medizinischer Versorgung und den lebensrettenden Medikamenten. Das müssen wir ändern.



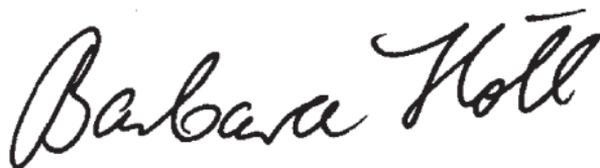
Bei uns haben sich Selbsthilfestrukturen und Aidshilfen entwickelt, sie helfen konkret und schaffen nicht nur am Welt-Aids-Tag Öffentlichkeit, die weiterhin notwendig ist. Denn HIV stigmatisiert. Etwa 80 000 Menschen sind in Deutschland HIV-positiv. Die meisten haben einen Job. Doch viele berichten von Diskriminierungen im Job, bei Ärzten oder im näheren Umfeld.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gregor Gysi'.

Gregor Gysi

Eine HIV-Infektion ist noch lange keine »normale« Erkrankung. HIV-positiv sind zumeist Schwule, Prostituierte und Drogengebrauchende. Aber Aids geht uns alle an.

DIE LINKE streitet für die Solidarität von Menschen mit HIV und setzt sich dafür ein, dass Selbsthilfeprojekte, HIV-Prävention und Aidshilfen auch in Krisenzeiten nicht unter die Räder geraten. Das Leben mit HIV hat viele Gesichter.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Barbara Höll'.

Barbara Höll

Alter

Solidarisch vorsorgen für den Lebensabend



**Matthias W.
Birkwald**

Alt werden mit HIV? Früher undenkbar. Überleben stand an erster Stelle. Heute, mit modernen Medikamenten und Therapien, steigt die Zahl der HIV-Infizierten älteren Menschen stetig an. Sie sehen sich mit neuen Problemen konfrontiert. Viele, die sich in den 80er und 90er Jahren mit HIV infizierten, haben keine Altersvorsorge, unter anderem weil sie jung aus dem

Berufsleben ausscheiden mussten. Die Folge: ein Leben mit kleiner Rente und Sozialhilfe. Altersarmut wird immer mehr zum Problem. Zudem müssen an Aids Erkrankte teilweise bereits ab einem Alter zwischen 40 und 50 gepflegt werden. Sie werden aber immer wieder von Pflege- oder Altersheimen abgelehnt. Private Pflegeeinrichtungen können sie sich nicht leisten. DIE LINKE hat Konzepte für eine solidarische Rentenversicherung und für die Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung vorgelegt.

Arbeit

Ohne Angst zur Arbeit gehen



**Jutta
Krellmann**

Gerade für Menschen mit HIV/Aids ist das Arbeitsleben von besonderer Bedeutung. Denn dieses ist die Quelle gesellschaftlicher Teilhabe, sozialer Kontakte und Anerkennung und kann den Betroffenen damit Rückhalt bieten, um ein normales Leben weiterzuführen. HIV in der Arbeitswelt ist aber immer noch ein Tabuthema. Obwohl die meisten

Betroffenen durch die medizinischen Fortschritte den Anforderungen ihres Berufes gut gewachsen sind, müssen viele ihre Krankheit geheim halten. Sie müssen den Verlust des Arbeitsplatzes oder Diskriminierungen fürchten. Es ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, arbeitende Menschen mit HIV- Infektion oder Aids-Erkrankung als Selbstverständlichkeit zu begreifen. Hierfür sind mehr Aufklärung und Rechtssicherheit sowie die breit getragene Ächtung von Diffamierungen oder Benachteiligungen notwendig. Hier müssen die Bemühungen verstärkt werden, so dass HIV-Positive auch am Arbeitsplatz angstfrei mit ihrer Infektion umgehen können.

Asyl

Schikanen gegen Schutzsuchende beenden



**Ulla
Jelpke**

Eine HIV-Infektion allein führt in Deutschland nicht zu einem Bleiberecht. Selbst dann nicht, wenn im Herkunftsland der Betroffenen eine ausreichende Behandlung faktisch unmöglich ist. Die Menschen müssen sich schon in einem so weit fortgeschrittenen Aids-Stadium befinden, dass ihre Abschiebung unmittelbar ihren Tod zur Folge hätte.

Dabei sorgen die Lebensumstände von Asylbewerbern und Geduldeten in Deutschland selbst für ein rasches Fortschreiten der Infektion: Unterbringung in Lagern, schlechte Ernährung durch Fresspakete statt Bargeld, Zugang zu medizinischer Versorgung nur in Notfällen. DIE LINKE fordert: Die Lebensbedingungen für Asylsuchende und Geduldete müssen deutlich verbessert werden. Menschen mit HIV ohne Behandlungsmöglichkeit im Herkunftsland muss Bleiberecht erteilt werden.

Bildung

Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr



**Rosemarie
Hein**

Gerade im Jugendalter, in dem sich unter anderem die sexuelle Identität entwickelt, muss Prävention und Aufklärung einsetzen. Besonders Schulen als Bestandteil des Alltags von Jugendlichen spielen für eine wirkungsvolle Prävention eine zentrale Rolle. Es geht nicht nur um die Vermittlung von Wissen über HIV oder wie man sich vor Infektionen schützen

kann, sondern auch um Entfaltung und Stärkung der Persönlichkeit, des Selbstwertgefühls sowie Verantwortungsbewusstseins im Umgang mit Sexualität. Vorurteile und Abneigung gegenüber HIV-Infizierten und damit vermeintlich in Verbindung stehenden Gruppen halten sich hartnäckig in der Gesellschaft. Auch dem muss Präventionsarbeit an Schulen endlich entgegenwirken und Toleranz im Umgang miteinander fördern.

Chronisch Kranke Gesetzeslücken schließen



**Ilja
Seifert**

Im Jahre 2011 wurde einem 24-jährigen Chemielaboranten in Berlin die Kündigung ausgesprochen. Er gab offen an, HIV-positiv zu sein. Das war sein Fehler. Die Kündigung wurde 2012 in zweiter Instanz durch das Berliner Landesarbeitsgericht bestätigt. Die Richter wendeten nicht das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) an, denn dieses schützt zwar Menschen

mit Behinderung, nicht jedoch chronisch kranke Menschen - wie Personen mit einer symptomlosen HIV-Infektion. Eine Lücke im Gesetz. Chronische kranke Menschen stehen im Regen, weil das Gesetz mangelhaft ist. In Ländern wie England, Rumänien oder Belgien, aber auch anderen europäischen Staaten ist dies nicht so. DIE LINKE und ich persönlich streiten für eine Erweiterung und Verbesserung des AGG. Menschen müssen vor Diskriminierung geschützt werden, egal ob sie nun lesbisch, schwul, transsexuell, HIV-Positiv oder eine Behinderung haben. Konkret brachte DIE LINKE einen Antrag zur Veränderung des AGG ein, damit chronisch kranke Menschen zukünftig durch das AGG geschützt sind.

Entwicklungshilfe

Deutsche Hilfsgelder, die Leben retten



**Dietmar
Bartsch**

Aids – kaum ein anderes Thema weist prägnanter auf die Verantwortung der reichen Länder gegenüber den Ländern der Dritten Welt hin. Im Einzelplan 23 des Bundeshaushaltes werden erstmals in einem eigenen Titel Mittel für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria eingestellt. Über diesen Fonds wurden bislang rund

3,6 Millionen Menschen mit lebensnotwendigen Medikamenten versorgt. In den Haushaltsberatungen 2013 hat DIE LINKE die Forderungen des Aktionsbündnisses gegen Aids unterstützt und die Erhöhung der Haushaltsmittel sowie der Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2014 bis 2016 als eigenen Antrag eingebracht. Auch wenn dieser Antrag durch die anderen Fraktionen abgelehnt wurde, ist das Thema für uns nicht erledigt.

Familie

Das Glück zu zweit, zu dritt, zu viert ...



**Diana
Golze**

Die Tatsache, dass HIV-positive Menschen im Rahmen einer HIV-Therapie nicht infektiös sind, hat neue Möglichkeiten für Familien eröffnet. Schon bevor die neuen wirksamen Medikamente eingeführt wurden, konnte die Weitergabe des HIV-Virus von der Mutter auf ein Kind unter anderem durch einen Kaiserschnitt verhindert werden.

Dennoch: Ein Kinderwunsch für HIV-positive Frauen war in den 90er Jahren noch fast undenkbar. Gute Aufklärung, standardmäßig durchgeführte HIV-Tests und gute Behandlung bei werdenden Müttern haben in Deutschland dazu geführt, dass nur sehr selten HIV-positive Kinder geboren werden. In den Ländern ohne Zugang zu den Therapien ist dies leider anders. In Deutschland und anderen Ländern, die Zugang zu HIV-Therapien bieten, können mittlerweile heterosexuelle Paare, bei denen die Partnerin oder der Partner HIV-positiv ist, auf natürliche Weise ein Kind bekommen. Familie und HIV, auch hier gibt es eine Normalisierung. Gut so.

Finanzkrise

EU-Spardiktat mit tödlichem Risiko



**Christine
Buchholz**

In Athen ist die Zahl der HIV-Neuinfektionen drastisch angestiegen. Das ist eine der dramatischen Auswirkungen der Krisenpolitik der EU. Der Soziologe David Stuckler von der Universität Cambridge konnte nachweisen, dass Prostituierte und Drogengebrauchende besonders von dieser Problematik betroffen sind. Seit Beginn der Krise wurden die Ausgaben für Präven-

tionsarbeit, unter anderem die Unterstützung für Heroingebrauchende, drastisch gekürzt. Viele Heroingebrauchende sahen sich zur Prostitution gezwungen, um Drogen und Lebensunterhalt finanzieren zu können. Gleichzeitig wurde ungeschützter Sex mit Prostituierten extrem preiswert. Die Organisation »Ärzte ohne Grenzen« macht Kürzungen im Gesundheitsbereich für eine steigende Zahl an Infektionen verantwortlich. So werden Einwegspritzen nicht mehr kostenlos verteilt. Auch kommt es vermehrt bei Geburten zu HIV-Übertragungen von Müttern auf Kinder. Unter dem EU-Kürzungsdiktat nähert sich Griechenland einer Situation an, wie wir sie bisher nur aus den Ländern des Südens kannten.

Forschung

Weiter forschen, bis aus behandelbar heilbar wird



**Petra
Sitte**

HIV ist nach wie vor unheilbar. Doch dank der Kombinationstherapie, die eine Vermehrung der Viren unterdrückt, werden Menschen mit HIV fast so alt wie Nichtinfizierte. Voraussetzung ist eine regelmäßige Behandlung – ein Problem für viele Menschen in Entwicklungsländern. Zudem werden Patienten gegen Wirkstoffe resistent.

Immerhin gibt es heute 30 Therapieoptionen. Einige könnten auch präventiv wirken. Das aktuell in USA zugelassene Truvada soll eine Ansteckung um fast 50 Prozent vermindern. Es gilt aber noch nicht als Durchbruch, da die Datenlage unklar und die Einnahme sehr anspruchsvoll und teuer ist. Impfungen gelten nicht mehr als aussichtsreich, da es vereinzelt zu Ansteckungen kommt. Bessere Vorsorge soll durch eine soziokulturell sensible Aufklärung vor Ort erreicht werden.

Frauen

Afrikanerinnen nicht allein lassen



**Yvonne
Ploetz**

Weltweit sind circa 34 Millionen Menschen mit HIV infiziert. In Deutschland leben 80 000 Menschen mit dem HI-Virus, davon sind 14 000 Frauen. Ein Blick über den Tellerrand der westlichen Industriestaaten hinaus zeigt ein deutlich anderes Bild: In Afrika jenseits der Sahara sind hauptsächlich Frauen und Kinder von Aids betroffen, 59 Prozent der weltweit

HIV-positiven Frauen leben dort. Durch die fehlende flächendeckende Versorgung mit antiviralen Medikamenten übertragen schwangere Frauen und Mütter das Virus häufig auf ihre Kinder, gerade während der Schwangerschaft, der Geburt oder der Stillzeit. DIE LINKE fordert eine Gesundheitsvorsorge und die ausreichende Versorgung mit den lebensrettenden Medikamenten weltweit, damit nicht nur die Menschen der westlichen Industriestaaten eine Chance zum Überleben haben.

Großstädte

Die City, unser Dorf



**Petra
Pau**

HIV-positive Menschen leben zumeist in Großstädten wie Köln, Leipzig, Hamburg, München und Berlin. Hier haben sich umfangreiche Selbsthilfestrukturen, HIV-Schwerpunktpraxen und die Aidshilfen etabliert, die zugleich Öffentlichkeit schaffen. Besonders Schwule mit einer HIV-Infektion ziehen in die Großstädte, um Diskriminierungen zu entgehen.

Aber auch weil sie hier vieles vorfinden, das sie stützt, etwa eine bunte lesbisch-schwule Kultur. So verwundert es nicht, dass in Berlin etwa 80 Prozent der HIV-Positiven schwule Männer sind. Gemeinsame Wohnprojekte für junge und alte HIV-Positive und HIV-Negative belegen, dass sich vieles entwickelt hat. Auch die HIV-Prävention ist in den meisten Großstädten gut ausgebaut, nicht zuletzt, weil die Aidshilfen hier auf eine fast dreißigjährige Erfahrung zurückblicken können. Das alles fiel nicht vom Himmel. Mutige Frauen und Männer haben lange für diese Infrastruktur und das nötige Geld gestritten.

Haft

Auch hinter Gittern haben Menschen Rechte



**Halina
Wawzyniak**

Auch wer eine Haftstrafe verbüßt, muss in einem Rechtsstaat darauf bauen können, in seiner Würde geachtet zu werden. Das heißt auch, diese Menschen dürfen aus keinem Grund um ihre Grundrechte gebracht werden. Gefängnisse sind kein rechtsfreier Raum. Sie dienen der Resozialisierung und Inhaftierte müssen das Recht haben, sich gegen schikanöse,

sie herabsetzende und rechtswidrige Behandlung zur Wehr zu setzen. Deshalb sage ich, es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen ohne deren Einwilligung auf HIV und Hepatitis getestet werden. Ebenso wenig ist die Weitergabe von Informationen über den HIV-Status von Gefangenen an Mitgefangene oder Gefängnispersonal akzeptabel, weil sie gegen die Grundrechte verstößt. Unser Standpunkt wird durch eine Antwort der Bundesregierung auf unsere diesbezügliche Kleine Anfrage bestätigt.

Homophobie

»Lupenreine Demokraten« verhindern HIV-Prävention



**Stefan
Liebich**

Dem Beispiel Sankt Petersburg in Russland folgend, berät der ukrainische Gesetzgeber gerade ein Verbot positiver Darstellung von Homosexualität. Der Gesetzentwurf sieht die Bestrafung von Aufklärung über und positive Darstellung von Homo-, Bi- und Transsexualität vor. Statistiken zeigen, dass dort bei Neuinfektionen der Anteil von Männern steigt,

die Sex mit Männern haben - wie das verschämt heißt. Doch wie können HIV-Übertragungen verhindert werden, wenn Schwule an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und das Reden über schwulen Sex unter Strafe steht? DIE LINKE setzt sich weiter dafür ein, dass der internationale Druck auf Russland und die Ukraine erhöht wird. Die Queerbewegung in beiden Ländern braucht in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung unsere Unterstützung.

Ländlicher Raum

Versorgung und Vernetzung in der Fläche



**Sabine
Stüber**

Leben mit HIV und Aids ist im Flächenland Brandenburg nicht einfach. Zwar gibt es inzwischen ein Netzwerk von ehrenamtlich aktiven Beratungs- und Betreuungsangeboten, angefangen von den Aids-Hilfen in Potsdam und in der Lausitz bis zur »Initiative Brandenburg – gemeinsam gegen Aids«. Leider können aber auch sie den Anstieg der Neuinfektionen

nicht verhindern – allein 2011 um 21 im Bundesland. Für die Betroffenen sind die Wege weit, die Verkehrsanbindung oft schwierig und die medizinischen Fachangebote zu sehr auf Potsdam und Berlin konzentriert. Deshalb brauchen die Länder mehr Unterstützung vom Bund und den Krankenkassen für einen Ausbau der Präventionsangebote, beispielsweise im Internet, und für die direkte Einzelfallbetreuung. Menschen mit HIV und Aids – vor allem solche, die Arbeitslosengeld II beziehen – brauchen Zuschüsse für Fahrtkosten beziehungsweise eine höhere Fahrtkostenpauschale.

Medikamente

Gesundheit geht vor Profit



**Kathrin
Vogler**

Viele der Länder mit hohen HIV-Raten gehören zu den armen Ländern der Welt. Sie können die in Europa üblichen Preise für Medikamente zur Versorgung der an Aids Erkrankten nicht bezahlen. Freiwillige Versprechungen von Pharmakonzernen, eine Zeit lang bestimmte Arzneimittel zu spenden, helfen nicht: Die Preise für unentbehrliche Arzneimittel müssen

verlässlich, transparent und trotz Patentschutz so niedrig sein, das alle Menschen weltweit Zugang dazu haben. Das Menschenrecht auf Gesundheit muss Vorrang vor dem Profit erhalten. Dazu müssen die Preise für unentbehrliche Arzneimittel politisch geregelt werden: Bei Bedarf muss es armen Ländern erlaubt sein, Patentrechte zu umgehen. Geistige Eigentumsrechte dürfen nicht über dem Lebensrecht von Millionen Menschen stehen. Auch deshalb hat DIE LINKE so engagiert gegen ACTA gekämpft.

Prävention

Als Vorbild für alle chronischen Erkrankungen nutzen



**Martina
Bunge**

Bevor Aids behandelbar wurde, hatte die Krankheit durch eine beispiellos erfolgreiche Präventionskampagne zumindest ihren grenzenlosen Schrecken verloren. Die maßgeblichen Gründe für den Erfolg waren - neben den klar absehbaren Folgen einer Ansteckung - die Beteiligung der besonders Gefährdeten, der Verzicht auf Ausgrenzung und Verbote und eine leicht zu wählende

gute Handlungsalternative: die Verwendung von Kondomen. Das war der Kern eines modernen und offenbar wirksamen Ansatzes zur Prävention. Dieser Ansatz wurde in einer Extremsituation erkämpft und hat seine Wirksamkeit bewiesen. Prävention funktioniert über Toleranz, Beteiligung und gute Handlungsalternativen. Aber leider erleben wir in anderen Bereichen viel zu oft populistische Ansätze mit Ausgrenzung, Diskriminierung und wirkungslosen Handlungsempfehlungen. Der Kampf gegen Aids in Deutschland kann ein Modell für die Prävention anderer chronischer Erkrankungen sein. Finanziert werden kann das über ein Präventionsgesetz, das wir in Deutschland dringend brauchen.

Sport

Mach mit, mach's nach, mach's besser



**Katrin
Kunert**

Sport treiben stärkt das Immunsystem und wirkt sich positiv auf Körper und Psyche aus. Dies gilt auch für Menschen mit dem HI-Virus oder einer Aids-Erkrankung. Dank des medizinischen Fortschritts können HIV-Infizierte weitgehend ein normales Leben führen. Sport ist Normalität. Viele HIV-positive Menschen treiben regelmäßig Sport auf hohem Niveau.

Nicht wenige laufen sogar Marathon. Diese Normalität ist in den Vereinen leider noch nicht angekommen. Niemand soll verpflichtet sein, Auskunft über die eigene Krankengeschichte zu geben. Der organisierte Sport muss jedoch Aufklärungsarbeit leisten und ein Klima der Toleranz schaffen, damit HIV-positive Sportlerinnen und Sportler sich willkommen fühlen. Hier ist auch der Deutsche Olympische Sportbund gefragt, der sich mit dem Thema befassen muss.

Zwangstest

HIV-Zwangstests sind Angriff auf die Grundrechte



**Jan
Korte**

Wer meint, über 30 Jahre nach der ersten Erwähnung des HI-Virus und nach jahrzehntelanger Aufklärungsarbeit zu HIV und Aids habe sich der gesellschaftliche Umgang mit der Krankheit normalisiert, den holt die Landesregierung Sachsen-Anhalts auf den Boden der Tatsachen zurück: Im Juli 2012 beriet der Landtag das so genannte »Gesetz über die Sicherheit

und Ordnung«. Der Entwurf von CDU und FDP sieht vor, der Polizei zukünftig zu ermöglichen, Personen auch »ohne deren Einwilligung auf HIV und Hepatitis zu testen«, wenn sie beispielsweise Einsatzkräfte verletzt haben. Das sinnlose, von Unkenntnis und Respektlosigkeit geprägte Vorhaben greift schwerwiegend in Grundrechte ein. Selbst die Bundesregierung kritisiert in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der LINKEN: Eine Vorsorgebehandlung nach einer Verletzung mit einer Spritze oder dem Kontakt von Wunden mit Körperflüssigkeiten sollte nicht von einem HIV-Test abhängig gemacht werden, der über jüngere Infektionen nichts aussagt.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, Stellvertretender Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Redaktion: Bodo Niendel, Martin Icke

Layout: Ulrike Dorband

Titelfoto: iStockphoto.com/urbancow

Redaktionsschluss: 19. November 2012

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de